

Den Hunger beenden – jetzt!

Ein Appell zur Überwindung der Welternährungskrise

Die Hungerkrise kommt nicht überraschend, sie kommt auch nicht lautlos. Sie ist das Gegenteil eines stillen Tsunamis: Was lange gärt, wird endlich Wut. Durch gewalttätige Aufstände auf Haiti, in Burkina Faso, Kamerun oder Ägypten machten hungernde Menschen lautstark auf ihre Lage aufmerksam. Sie sind Opfer von jahrzehntelanger Unterdrückung, von Preis-Dumping durch Industrieländer, von vernachlässigter landwirtschaftlicher Produktion und von Ernteeinbußen aufgrund des Klimawandels. Sie wissen, dass sie ein Recht darauf haben, sich angemessen zu ernähren.

Die Nahrungsmittelpreise steigen seit einigen Monaten weltweit rasant. Seit August 2007 haben die Weltmarktpreise für Weizen und Reis um mehr als 60 Prozent zugelegt, in den vergangenen Wochen hat sich die Krise zugespitzt: Der Preis von einer Tonne Reis in Bangkok stieg von 460 Dollar im März 2008 auf 780 Dollar im April. Auch die Preise für Fleisch, Palmöl oder Maniok haben angezogen. Die Krise macht sich bei uns beim Einkauf durch höhere Preise für Brot oder Teigwaren bemerkbar, in den Entwicklungsländern sind die Auswirkungen gravierender, insbesondere für die Kleinbauern und Landlosen, zunehmend aber auch für die Armen in den Städten.

Weltweit sind 980 Millionen Menschen absolut arm (UNDP 2007), doppelt so viele Menschen wie die EU Einwohner zählt. Angesichts der dramatisch gestiegenen Preise von Grundnahrungsmitteln haben in zahlreichen Entwicklungsländern Menschen protestiert und damit weltweit Aufmerksamkeit auf die globale Hungerkrise gelenkt. Damit bekommt auch das Problem des permanenten strukturellen Hungers in den Entwicklungsländern, das vielfach durch falsche Politiken verursacht ist, wieder eine höhere Aufmerksamkeit. 854 Millionen Menschen hungerten bereits weltweit, als die Nahrungsmittelpreise noch niedrig waren.

Die internationale Staatengemeinschaft und die Regierungen der Entwicklungsländer müssen aktiv werden. Nahrungsmittelhilfe lindert nur die Symptome, beseitigt aber nicht die strukturellen Ursachen. Die landwirtschaftlichen Potenziale in den

Entwicklungsländern sind noch lange nicht ausgeschöpft, auch nicht in Afrika. Aber auch der einzelne Verbraucher bei uns hat Möglichkeiten, einen Teil dazu beizutragen, dass die Armen in den Entwicklungsländern mehr Einkommen und damit mehr Ernährungssicherheit haben.

Die gestiegenen Nahrungsmittelpreise wirken sich unterschiedlich aus: Während die Verbraucher unter den hohen Preisen leiden, stellen sie für die Bauern und Bäuerinnen eine Chance dar, mehr Einkommen zu erzielen. Landwirtschaft wird wieder rentabel, es lohnt sich wieder, in die Landwirtschaft zu investieren. Kleinbauern in den Entwicklungsländern sind jedoch aufgrund geringer Ernteerträge und ihrer prekären Verhältnisse meist darauf angewiesen, auch Nahrungsmittel zuzukaufen.

Kurzfristig gesehen leiden sie unter hohen Nahrungsmittelpreisen gleichermaßen wie die Verbraucher in den Städten, längerfristig gesehen bedeuten höhere Nahrungsmittelpreise für sie eine Chance auf mehr Einkommen. Dazu bedarf es aber auf nationaler wie auf internationaler Ebene einer Politik, die die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt stellt und sich damit der Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung stellt.

Die Welthungerhilfe fordert:

1. Nahrungsmittelhilfe muss so gestaltet werden, dass ein Bogen zu Entwicklungsmaßnahmen zur Ernährungssicherheit geschlagen wird.

Kurzfristige Nahrungsmittelhilfe muss nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe in eine nachhaltige Selbstversorgung münden. Es gilt das Konzept: Auf Nothilfe folgt Wiederaufbau, an die sich langfristige Entwicklungsförderung anschließt. In Verbindung mit Nahrungsmittelhilfe müssen Beschäftigungs- und Sozialprogramme (wie food for work) konzipiert werden, die helfen, langfristig die ländliche Infrastruktur (Straßen, Brunnen usw.) zu verbessern, die Erträge zu erhöhen und neue Märkte zu erschließen. Nahrungsmittelhilfe darf nicht die lokalen Märkte schädigen und muss deshalb, wo immer nötig und möglich, regional beschafft werden.

2. Die ländliche Entwicklung muss wieder ein Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit werden, es müssen wieder mehr Gelder für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Der Fokus der Entwicklungsbemühungen, der in den letzten Jahren auf die städtische Bevölkerung gerichtet war, muss wieder auf die ländlichen Gebiete gerichtet werden. Zwei von drei Hungernden leben auf dem Land. Während vor 25 Jahren 17 Prozent der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten für die Landwirtschaft ausgegeben wurde, waren es 2007 unter 4 Prozent. Auch in Deutschland haben sich die Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit für Landwirtschaft in den letzten 10 Jahren fast halbiert und betragen nur noch 0,7 Prozent der Entwicklungsgelder. Nach Schätzungen des Washingtoner Forschungsinstituts IFPRI (International Food Policy Research Institute) wären 20 bis 30 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe für Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit notwendig. Die Entwicklungshilfe muss dringend auf diesen Anteil aufgestockt werden.

3. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise muss als Chance genutzt werden, um die heimische Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Vermarktung in den Entwicklungsländern anzukurbeln und die ländlichen Gebiete wieder wirtschaftlich produktiver und damit attraktiver zu machen. Hier sind nicht nur die Geberländer gefordert, vielmehr stehen vor allem die Regierungen der Entwicklungsländer in der Pflicht, ihre Landwirtschaft auf- und auszubauen. Dies bedeutet, in die ländliche Infrastruktur zu investieren, Bauernorganisationen zu fördern, den Zugang zu Land und Produktionsmitteln (Dünger, Saatgut, Kredite) zu ermöglichen, die Weiterverarbeitung zu verbessern, das Transportwesen und die Lagerhaltung zu fördern.

4. Agrarforschung und -beratung müssen wieder stärkeres Gewicht bekommen, um weltweit die Produktion und die Produktivität zu steigern und die Reserven an Nahrungsmitteln wieder aufzufüllen. Lokale Anbaupraktiken und Produktionsweisen müssen berücksichtigt werden, um darauf aufbauend durch Forschung und Beratung den jeweiligen Regionen angepasste Lösungen für Anbau und Ertrag zu erarbeiten, die den Kriterien der Nachhaltigkeit und dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe entsprechen.

5. Investitionen in Bildung und Gesundheit sind nötig. Bildungschancen zu verbessern ist einer der wirkungsvollsten Wege, Hunger zu bekämpfen. Je höher der Bildungsgrad desto besser der Ernährungsstatus. Die Investition in die Bildung von Frauen führt zu kleineren Familien und reduziert das Bevölkerungswachstum. Und nur gesunde Menschen sind in der Lage, ihre Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

6. Es müssen faire Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer geschaffen werden. Um die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern, sollten die Importrestriktionen der EU und anderer Industrieländer für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern aufgehoben werden. Außerdem sollen die Agrarexportsubventionen in den Industrieländern vollständig abgebaut werden, um die Preise auf den Weltmärkten nicht künstlich zu senken. Den Entwicklungsländern sollte für eine Übergangszeit erlaubt sein, die lokale Produktion zu schützen. Die Förderung des regionalen Handels hilft, regionale und saisonale Schwankungen abzupuffern.

7. Es müssen soziale Sicherungssysteme geschaffen werden, um die Bedürftigen im Krisenfall abzusichern. Während Menschen in Ländern wie Deutschland durch soziale Sicherungssysteme vor absoluter Armut geschützt sind, bedeuten Krisen oder Ernteauffälle in Entwicklungsländern meist den freien Fall in Armut und Hunger. Traditionelle Sicherungssysteme, die vor allem auf familiäre Solidarität beruhen, reichen nicht aus. Damit Naturkatastrophen oder Konflikte nicht zu Hungerkrisen führen, muss Vorsorge getroffen werden, zum Beispiel durch Mikro-Versicherungen oder die Einführung von Grundsicherungssystemen.

8. Auf Importe aus Entwicklungsländern basierende Biokraftstoffproduktion in den Industrieländern sollte ausgesetzt und überdacht werden. Energiepflanzen dürfen angesichts leerer Kornspeicher und steigender Nahrungsmittelpreise nicht in Konkurrenz mit Nahrungsmittelpflanzen treten. Klimaschutzziele müssen vielmehr durch Energiesparen, Effizienzsteigerung und innovative Verfahren der Energiegewinnung in den Verursacherländern erreicht werden.

9. Die Verbraucher in den Industrieländern müssen sich an höhere Nahrungsmittelpreise gewöhnen. Landwirtschaft muss sich auch ohne Subventionen tragen, nur so können Marktverzerrungen abgebaut und die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern gestärkt werden. Außerdem leisten fair gehandelte Produkte wie Kaffee oder Kakao einen konkreten Beitrag zum Einkommen der Bauern in Entwicklungsländern.

10 . Nichtstaatliche Organisationen müssen gestärkt werden. Sie tragen dazu bei, dass sich die Bauern besser organisieren, zum Beispiel in Genossenschaften. Sie vertreten auch deren Interessen gegenüber den Regierungen, die sich häufig nicht für die Nöte der ländlichen Bevölkerung interessieren. In Staaten ohne funktionierende Regierung übernehmen sie in ländlichen Gebieten die Aufgaben staatlicher Institutionen.